



18. Sitzung

23.03.2018

Magdeburg, Landtagsgebäude, Domplatz 6-9

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung verständigte sich zu Tagesordnungspunkt 2 der Einladung - Schutz vor sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt: Prävention ausbauen. Beratung stärken.- **Drs. 7/2144**, eine Berichterstattung insgesamt zu allen Beschlusspunkten in einer der nächsten Sitzungen entgegenzunehmen. Die Behandlung des neueingegangenen Selbstbefassungsantrages - Stand der Ermittlungen zur Tötung in Wittenberg am 29.09.2017 - **ADrs. 7/REV/35 NEU** lehnte der Ausschuss mehrheitlich ab. Zu Beginn der Sitzung wurde die nachfolgende Reihenfolge der Tagesordnungspunkte festgelegt.

1. **Vorkommnisse an der Grundschule Helbra im Zusammenhang mit einem Sorgerechtsstreit**

Selbstbefassung Fraktion DIE LINKE - **ADrs. 7/REV/34**

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung nahm die Berichterstattung der Landesregierung entgegen und verständigte sich darauf, diesen Beratungsgegenstand erneut aufzurufen, sobald es die antragstellende Fraktion signalisiert.

2. **Täter-Opfer-Ausgleich nach § 46a StGB in Sachsen-Anhalt**

Selbstbefassung Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **ADrs. 7/REV/32**

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung nahm Berichterstattungen der Landesregierung sowie des Landesverbandes für Kriminalprävention und Resozialisierung Sachsen-Anhalt e.V. entgegen. Im Ergebnis der daran anschließenden Beratung erklärte er den Selbstbefassungsantrag für erledigt.

3. a) Aufklärung im Todesermittlungsverfahren Oury Jalloh muss vorangetrieben werden

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/1851**

b) Vorlage der Akten im Fall Oury Jalloh

Beschluss Landtag - **Drs. 7/2143**

Beschlussrealisierung Landesregierung - **Drs. 7/2416**

Die Obleute sind gebeten, zu einer der nächsten Sitzungen dem Ausschuss einen Verfahrensvorschlag zu unterbreiten.

4. Wahl der Vertrauensleute und deren Stellvertreter für den beim Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt zu bestellenden Ausschuss gemäß § 7 Abs. 6 AG VwGO LSA

Beschluss Landtag - **Drs. 7/2594**

Die Obleute werden sich am Rande der nächsten Sitzungsperiode des Landtages zu den Wahlmodalitäten verständigen. Zu möglichen Wahlvorschlägen sind die Fraktionen gebeten, diese möglichst eine Woche vor der betreffenden Ausschusssitzung mit den vollständigen Adressen dem Ausschussdienst zuzuleiten und die sich aus § 26 Abs. 2 Satz 3 der Verwaltungsgerichtsordnung ergebenden Anforderungen an die Kandidaten zu beachten.

5. Verschiedenes

5.1 Niederschriften

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung billigte die Niederschriften über den öffentlichen und den nichtöffentlichen Teil der 17. Sitzung am 16.02.2018.

5.2 Übersandte Schriftstücke

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung nahm ein Schreiben des Landesbehindertenbeauftragten sowie den Beschluss 1/2018 des Landesbehindertenbeirates, den Jahresbericht der Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes Sachsen-Anhalt für das Geschäftsjahr 2017 sowie das Schreiben eines Bürgers zur Kenntnis.

5.3 Termine

Die nächste Sitzung des Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung findet am 04.05.2018 unter anderem mit folgenden Tagesordnungspunkten statt:

- Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes – Drs. 7/1933
- Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Versorgungswerk der Rechtsanwälte in Sachsen-Anhalt – Drs. 7/2169
- Personalstrategie in der Justiz - Die Dritte Gewalt im Land Sachsen-Anhalt auf tragfähige Füße stellen – Drs. 7/538
- Attraktivitätsoffensive Justizdienst – Justizwachtmeister aufwerten – Drs. 7/1155
- Wahl der Vertrauensleute und deren Stellvertreter für den beim Obergericht des Landes Sachsen-Anhalt zu bestellenden Ausschuss gemäß § 7 Abs. 6 AG VwGO LSA – Drs. 7/2594

Mathias Goldbach
Ausschussdienst
